



Foto: Elke Brosow

Endlich geht es los!

Mit dem Programmentwurf ist die Grundlage für die Debatte gegeben. Er spiegelt die Breite der Partei wider, aber auch das hohe Maß an gemeinsamen Kritikpunkten am derzeitigen Kapitalismus und im Streben nach einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung. In der Präambel sind drei Grundideen als übergreifender Zusammenhang für den Gesamttext formuliert – die individuelle Freiheit als Grundidee einer solidarischen Gesellschaft, der sozial-ökologische Umbau anstelle profitorientierten Wachstums und der längere emanzipatorische Prozess zur Gesellschaftsveränderung. Das ist gut. Gleichwohl ist der Entwurf nicht auf der Höhe der Zeit. Herausforderungen der Wissensgesellschaft, der Kreativ- und Dienstleistungswirtschaft werden nicht angemessen berücksichtigt. Die Vielfalt der Gesellschaft, ihrer Eigentumsformen, der Lebensweisen und Arbeitswelten wird nur unzureichend dargestellt. Die Konzentration auf die Eigentumsfrage ist nachvollziehbar, sie ist aber zu eng beantwortet. Die Möglichkeiten von Verbesserungen im Kapitalismus bleiben völlig unberücksichtigt. Der Entwurf zeigt, dass es in der LINKEN zwei Perspektiven gibt. In einer Sicht ist erst Sozialismus nötig, bevor Freiheit und Demokratie sich entfalten können. Die andere Sichtweise geht von einem Prozess aus, in dem sich Demokratie entfaltet und der heute beginnt. Und hierbei ist die Frage nach den »roten Linien« zu diskutieren, die unsere Regierungsarbeit begrenzen sollen. Ich bin nicht dafür, in den Vordergrund zu stellen, was wir keinesfalls tun werden, sondern was wir wollen!

■ Stefan Liebich, MdB

Ein Programm für die Partei DIE LINKE. Die Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine stellten den Entwurf in Berlin vor und riefen die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, alle Interessierten auf, ihre Meinungen und Vorschläge in die Debatte einzubringen.

Öffentlich, weil's besser ist!

Vor dem Landesparteitag der LINKEN am 24. April

Es war nicht ganz unerwartet, dass die im Entwurf für unser Parteiprogramm erhobene Forderung nach Überführung strukturbestimmender Großbetriebe in gesellschaftliche Eigentumsformen Diskussionen und Widerspruch auslösen würde. Das ist auch gut und richtig so, denn das Pro und Contra gilt es gut abzuwägen. Nur in einer offenen, sachlichen Debatte werden wir die Argumente finden, mit denen wir im öffentlichen Diskurs bestehen können. Wir sollten uns darin auch nicht von jenen Medien verunsichern lassen, die diese Frage zu einer von Sieg oder Niederlage der einen oder der anderen innerparteilichen Strömung stilisieren.

Das gilt umso mehr, als wir bei diesem Thema innerhalb der LINKEN in relevanten Punkten gemeinsamer Auffassung sind. Unternehmen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand. Sie haben sich einer transparenten und am Gemeinwohl orientierten Unternehmensführung zu befleißigen und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Angesichts der Erfahrungen, die viele Menschen mit Privatisierungen, Deregulierung, Markt- und Wettbewerbsorientierung in diesem Bereich in den vergangenen Jahren machen mussten, gibt es für diese Position einen breiten Rückhalt.

Sich zum öffentlichen Eigentum bei den Unternehmen der Daseinsvorsorge zu bekennen, ist das eine. Eine Strategie zu haben, wie wir das umfassend wieder erreichen wollen, ist dagegen ein wesentlich schwierigeres Unterfangen. Zumal in einer Stadt wie Berlin, die nach wie vor mit begrenzten finanziellen Ressourcen haushalten muss. Dennoch haben wir uns dem gestellt. Auf unserem Landesparteitag im April werden wir Vorschläge vorlegen und beraten, in welchen Schritten wir uns diesem Ziel bei den Wasserbetrieben, der S-Bahn und in der Energieversorgung realistisch nähern können. Das wäre weit mehr, als uns vor einigen Jahren erreichbar schien, als wir noch darum kämpften, Privatisierungen bei der Daseinsvorsorge auszuschließen. Wie damals werden wir auch jetzt einen langen Atem behalten müssen und nicht jeder Plan wird uns gelingen. Aber wie zitierte Lothar Bisky Karl Marx bei der Vorstellung des Programmentwurfs? „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ Lasst uns das auch in den künftigen Debatten nie vergessen.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

Thema:

Bundratsinitiative soll Mieten begrenzen

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat kritisiert, dass trotz verschiedener Berichte, wonach Neumieten in Berlin deutlich über den Bestandsmieten liegen, Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer weiter von einem entspannten Mietmarkt spreche. In weiten Teilen der Stadt, so der bau- und wohnungspolitische Sprecher Uwe Doering, liege das Wohnungsangebot bereits über den finanziellen Möglichkeiten breiter Berliner Bevölkerungskreise. Als Konsequenz, so Doering, sollte der Senat die von den Koalitionsfraktionen geforderte Bundratsinitiative zur Begrenzung der Neuvertragsmieten mit Nachdruck prüfen. Auch sollte der Einfluss des Senats auf die städtischen Wohnungsgesellschaften dahingehend verstärkt werden, Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für einkommensschwache und benachteiligte Haushalte, anzubieten.

Gute Arbeit – Film im Netz

Öffentlich geförderte Beschäftigung in Berlin schafft neue berufliche Perspektiven, organisiert sinnvolle Arbeit und schafft gesellschaftliche Integration. Unter dem Titel „Der ÖBS in Berlin hat viele Gesichter“ hat die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus auf ihrer Internetseite jetzt einen kleinen Film dazu ins Netz gestellt. Darin kommen Menschen zu Wort, die mit dem ÖBS einen Weg aus der Arbeitslosigkeit gefunden haben.
www.linksfraktion-berlin.de

Eltern nehmen Schulreform an

Die beginnende Schulstrukturreform hat nicht zu einer Verunsicherung der Berliner Eltern und Schüler geführt. Das, so der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Zillich, belegen die vorliegenden, noch vorläufigen Anmeldezahlen für die Schulen der Sekundarstufe. Danach würden die künftigen Integrierten Sekundarschulen insgesamt gut angenommen. Der von Teilen der Opposition vorhergesagte Ansturm auf die Gymnasien sei ausgeblieben.

Linksfraktion gut in Form

Die Chancen stehen gut, dass die Linke auch über 2011 hinaus in Berlin mitregiert

Regieren, auch über 2011 hinaus? Für DIE LINKE in Berlin sieht es ganz danach aus. Wir sind erkennbarer geworden: Bei Bildung, Mindestlohn und öffentlich geförderter Beschäftigung. Unser Berlinpass ermöglicht Hartz-IV-Empfangenden unbürokratisch die Teilhabe am kulturellen Leben und Mobilität in der Stadt. Mit uns gibt es Konzepte im Kampf gegen Diskriminierung, gegen Rechtsextremismus und für mehr direkte Demokratie.

Die Berlinerinnen und Berliner sehen unseren Anteil in der Koalition an der Lösung von Problemen in der Stadt, und sie wissen das auch mehr und mehr zu schätzen. Sie erzählen uns, was schief läuft, weil sie erwarten, dass wir uns kümmern. Und das machen wir auch.

Auf unserer Fraktionsklausur Ende Februar am brandenburgischen Döllnsee konnten wir nicht nur beim Joggen in der Mittagspause zeigen, dass DIE LINKE in Berlin derzeit richtig gut in Form ist. Wir haben neue Ziele verabredet, mit denen wir deutlich machen wollen, dass eine linke Stadtregierung für Berlin die bessere Lösung bleibt: Beim sozial-ökologischen Umbau der Stadt, für mehr staatlichen Einfluss auf die Landesbetriebe, für bezahlbare Mieten und bessere Integration.

Statt kritischer Ratschläge erreichen uns jetzt Anfragen aus anderen Fraktionen, insbesondere aus dem Westen: Schickt uns doch mal was zur Gemeinschaftsschule, oder: Wie macht ihr das eigentlich mit dem ÖBS? Könntet ihr mal das Vergabegesetz schi-

cken, oder: Gebt uns mal euer Integrationskonzept. Wir werben im Gegenzug im Bundestag und Bundesrat um Unterstützung z. B. in der Mietenpolitik. Denn da ist leider auf Landesebene alleine nicht viel zu regeln.

Trotzdem haben wir die stadtweite Debatte um soziale Wohnungspolitik angeschoben und erneut zu einem wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Denn Mietpreisentwicklungen sind neben einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft zentrale Triebkräfte für Verdrängung und Ausgrenzung. Wir wollen, dass Mieten bezahlbar sind, staatliche Förderungen gezielt bei Mietern ankommen und Kieze stabilisiert werden.

Und auch beim Klimaschutzgesetz sind wir gefordert. Es soll noch 2010 den Rahmen für die stufenweise Umsetzung der ehrgeizigen Klimaschutzziele Berlins abstecken. Das wollen wir, ohne Mieter zu verdrängen oder Besitzer von Eigenheimen in Bedrängnis zu bringen.

Und was die Unternehmen der Daseinsvorsorge betrifft – da ist unser Ziel, dort, wo Unternehmen vor unserer Regierungszeit privatisiert wurden, den Einfluss des Landes wieder zu erhöhen.

Berlin als starke Stadt und soziale Metropole, dafür stehen unsere Themen. Wie richtig wir mit ihnen liegen, zeigt wohl auch, wie sehr die Grünen und auch die SPD inzwischen überall darüber diskutieren.

■ Udo Wolf, MdA, Fraktionsvorsitzender



Mieterstadt Berlin: DIE LINKE will die Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten und eine soziale Segregation verhindern. Deshalb strebt sie den Abschluss von Zielvereinbarungen mit städtischen Wohnungsunternehmen zur sozialverträglichen Begrenzung der Mietentwicklung an. Bundespolitische Initiativen zum Mieterschutz, zur Festsetzung gesetzlicher Mietobergrenzen bei Neuvermietung und zur zeitlichen Befristung von Modernisierungsumlagen sind weitere Vorhaben.

Bürgerbüro in Kreuzberg eröffnet



Halina Wawzyniak, MdB, hat ihr Bürgerbüro in ihrem Wahlkreis eröffnet:
Mehringplatz 7, 10969 Berlin

Öffnungszeiten:
Montag, Mittwoch Freitag von 9.30–15.30 Uhr
Dienstag, Donnerstag von 13–20 Uhr

Tel./Fax: 030 / 25 92 81 21
halina.wawzyniak@wk.bundestag.de

Neben regelmäßigen Sprechstunden der Abgeordneten wird es Filmvorführungen und Lesungen geben.
Das Bürgerbüro steht auch für Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen für Veranstaltungen zur Verfügung.

Die nächsten Sprechstunden der Bundestagsabgeordneten im Bürgerbüro sind am 13.4.2010, 17–19 Uhr und am 27.4.2010, 10–12 Uhr.

Nicht vergessen! Mitgliederentscheid

zur Struktur der künftigen Parteispitze und zum Auftrag an den Parteivorstand, 2011 eine Urabstimmung zum Parteiprogramm herbeizuführen.

Einsendeschluss:

23. April 2010, 18 Uhr

KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!

Am Samstag, dem 24. April 2010, wird es unter dem Motto „KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!“ bundesweit Aktionen geben. Kurz vor dem Jahrestag von Tschernobyl rufen Umweltinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften dazu auf, gegen längere Laufzeiten und für die Stilllegung der Atomkraftwerke zu demonstrieren. Zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel ist eine Anti-Atom-Menschenkette geplant. Weitere Aktionen werden in Ahaus sowie in Neckarwestheim und Biblis stattfinden, wo das AKW „umzingelt“ werden soll. DIE LINKE will kein Comeback der Atomenergie. Spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl ist klar, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist.

(Aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 27. Februar 2010)



Foto: Ulve Stämke

Unzureichend und unglaubwürdig

SPD-Vorschläge zur Hartz-IV-Korrektur zu kurz gegriffen

Das Parteipräsidium der SPD hat einige Korrekturen am verfassungswidrigen Hartz IV vorgeschlagen. Das Arbeitslosengeld I soll unter bestimmten Voraussetzungen auf bis zu 36 Monate verlängert, die Vermögen von Arbeitslosen nicht mehr geprüft werden. Der Übergang vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV soll durch eine Streckung des Übergangsgeldes nach Dauer der Beschäftigung stärker abgedeckt werden. Das könnten zunächst wichtige Korrekturen für die von Arbeitslosigkeit Bedrohten werden. Für Hartz-IV-Empfänger änderte sich erst einmal nichts. Darüber hinaus setzt sich die SPD für eine längst überfällige Einschränkung der Leiharbeit und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde, wie ihn der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, ein. Für Langzeitarbeitslose mit erschwerten Vermittlungshemmnissen und schlechten Chancen, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, fordert die SPD in den kommenden zwei Jahren einen „sozialen Arbeitsmarkt“ mit der Schaffung von 200 000 Beschäftigungsverhältnissen, der mit drei Mrd. Euro finanziert werden soll. Immerhin, die SPD macht Opposition gegen ihre eigene, frühere Schröder-Regierung. Aber sie macht sie, typisch SPD, erst als Opposition und wiederum nur halb. Sie verkauft ihre Hartz-Korrekturen als schöpferische Weiterentwicklung ihrer Agenda 2010.

Das ist durchaus eine zutreffende Umschreibung der Tatsache, dass die SPD sich nicht ernsthaft von ihren Arbeitsmarktreformen, die uns den größten Niedriglohnsektor aller Industriestaaten beschert haben, lösen will.

Am Kernbestand von Hartz IV nimmt die SPD bezeichnenderweise keinerlei Korrekturen vor. Der Zwang, dass Arbeitslose jede, aber wirklich jede „zumutbare“ Arbeit zu unzumutbaren Löhnen bei Strafdrohung von Sanktionen annehmen müssen, wird von der SPD nicht in Frage gestellt. Kein Sterbenswörtchen ist über die Höhe der Regelsätze von Hartz-IV-Empfängern für Erwachsene und Kinder zu vernehmen, die nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verfassungswidrig sind. Denn immerhin stehen alle Hartz-IV-Parteien – die Union, die SPD, die FDP und die Grünen – für die Verabschiedung eines verfassungswidrigen Gesetzes. Bei der Forderung nach Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“ wiederum springt die SPD zu kurz. Dabei hätte ein Blick in die Hauptstadt genügt, wo der Senat aus SPD und LINKEN einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) mit mittlerweile 7 600 Stellen geschaffen hat. Die Forderungen der SPD weisen in die richtige Richtung, aber sie bleiben befangen in der Hartz-Logik, die überwunden werden muss.

■ Gregor Gysi, MdB

Termine:

13. April

Reihe „mediatuesday@taz“

Mein Profil gehört mir!?

Privatsphäre im 21. Jahrhundert
Mit Christian Heller (Futurist), Michael Horn (Chaos Computer Club), Anne Roth (Bloggerin), Timo Luthmann (mensch.coop), Julia Seeliger (taz)
Kosten: 1,50 Euro
19.30 Uhr, tazcafé, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

15. April

Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Linke und die Eigentumsfrage

Mit Dr. Jürgen Leibiger und Prof. Dr. Klaus Steinitz
Kosten: 1,50 Euro
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

15. April

Lissabon und die Folgen

Mit Lothar Bisky, MdEP
19 Uhr, Kinderhaus, Neustrelitzer Str. 57, 13055 Berlin

17. April

LINKE QUEERulanten

Schnupperabend mit Film
18 Uhr, Sonntagsclub, Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin

20. April

Politik im Gespräch

Der Programmentwurf der LINKEN

Konsens- und Streitpunkte für die Debatte
Mit Dr. Bernd Ihme und Prof. Dr. Klaus Steinitz
Kosten: 1,50 Euro
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

24. April

4. Tagung des 2. Landesparteitages

10 Uhr, Taut-Aula, Fischerstr. 36, 10317 Berlin

29. April

Politik im Gespräch

Wenig Hoffnung für Nahost

Mit Stefan Liebich, MdB, und Birgit Pomorin
Kosten: 1,50 Euro
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 24. 3. 2010

Kalenderblatt:

25. April 1960

„Sozialistischer Frühling“ in der DDR

Die Vereinigung aller Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) – von der Volkskammer der DDR am 25. April 1960 bestätigt – bildete eine tiefe Zäsur in der Geschichte des ostdeutschen Staates.

Was 1952 mit freiwilligen Entschlüssen vor allem von Neubauern begann, staatlich gefördert und vorangebracht wurde, mündete im Winter und Vorfrühling 1960 in einer SED-Kampagne des politischen Drucks. Die meisten Bauern sträubten sich gegen die LPG, hatten doch bisher nur wenige eine wirtschaftliche Überlegenheit erreicht. Die Bauern kapitulierten schließlich vor der Staatsmacht, die die Landwirtschaft insgesamt in sozialistische Bahnen lenken und zugleich die Voraussetzung für die Großproduktion schaffen wollte, um rasch die Versorgung mit Nahrungsmitteln verbessern zu können. Politischer Druck und Gewaltakte konterkarierten ein Konzept, das auf Friedrich Engels zurückging: Die Bauern überzeugen, dass sie nur durch genossenschaftlichen Zusammenschluss und die Großproduktion auf eigene Rechnung ihre Zukunft sichern können. Der „Sozialistische Frühling“ stieß Hunderttausende Bauern vor den Kopf. In den LPG angekommen, gestalteten die Bauern jedoch ihre Genossenschaft und lernten die sozialen Vorzüge – von der geregelten Arbeitszeit über den Haushaltstag der

Frauen bis zur Urlaubsmöglichkeit – zu schätzen. Am Ende der DDR 1990 war die genossenschaftliche Landwirtschaft trotz Mangelwirtschaft und obrigkeitstaatlichen Dirigismus der stabilste Teil der Volkswirtschaft. Viele Genossenschaften überlebten in neuen Rechtsformen bei der deutschen Neuvereinigung.

Jeder Versuch, die LPG-Gründungen auf die Opfer zu reduzieren, wie auf dem geplanten Gedenkstein des Bauernbundes in Kyritz, wird weder den historischen Vorgängen noch den aktuellen Herausforderungen gerecht.

Der genossenschaftliche Zusammenschluss ist heute ein Erfahrungswert, der helfen kann, alternative Lösungen gegen die Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft zu finden – jenseits von ideologischen Klischees. Jährlich werden in der Bundesrepublik 30 000 Höfe aufgegeben und fallen dem kapitalistischen Konzentrationsprozess zum Opfer. Das von den Linken verfochtene Konzept des genossenschaftlichen Zusammenschlusses ist ein Weg, der Kapitaldominanz entgegenzuwirken. Trotz allem Wenn und Aber sollte an die Erfahrungen der Bauern Ostdeutschlands angeknüpft werden.

■ Siegfried Kuntsche

Service

1. Mai

9 Uhr

Treffen aller DGB-Gewerkschaften zu den gemeinsamen Demonstrationen zogen Kleiststraße zwischen Wittenbergplatz und Kreuzung An der Urania

10 Uhr

1. Mai-Motorrad-Korso 2010

1. Mai-Fahrrad-Korso 2010

1. Mai-Skating 2010

(Anmeldung jeweils über <http://www.erstermai.dgb.de/>)

1. Mai-Demonstration 2010

11.30 Uhr

1. Mai-Kundgebung 2010

Platz des 18. März vor dem Brandenburger Tor
Hauptrede: Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg
Anschließend Bühnenprogramm und Kinder- und Familienfest

